

56. Sitzung des Gemeinderates am 10.10.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung und eröffnet diese.

Es wird kein Widerspruch gegen die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erhoben.

836 19

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderats gefassten Beschlüssen wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen werden, weil die Gründe für die Geheimhaltung noch bestehen.

Budgetvereinbarungen 2013 für die Kindertagesstätten als Ergänzung zum Trägerschaftsvertrag vom 01.03.2007, 01.12.2007 und 01.01.2009 mit der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Oberbayern e. V.

Gemäß Nr. 5.8 der Trägerschaftsverträge werden die Art und der Umfang der zu erbringenden Leistung sowie die Finanzierung jährlich durch eine Budgetvereinbarung geschlossen.

Die Vorlage der Haushaltsentwürfe 2013 erfolgte mit Schreiben der Arbeiterwohlfahrt vom 09.08.2012.

Demnach werden die Personal- und Sachkosten, die übernommenen Elternbeiträge sowie die zu erwartenden vorläufigen Zuschüsse nach dem BayKiBiG wie folgt veranschlagt:

| 2013 | Personal- und Sachkosten | Elternbeiträge | Zu erwartende Zuschüsse BayKiBiG |
|---------------------------|-----------------------------|----------------|----------------------------------------|
| | .6780 € | .7180 € | .1710 € |
| Mittagsbetreuung 2110. | 225.821,75 | 0,00 | 0,00 |
| Kindergarten 1 4640. | 657.074,55 | 93.720,00 | 229.983,37 |
| Kindergarten 2 4641. | 570.858,35 | 64.140,00 | 221.996,55 |
| Kindergarten 3 4642. | 291.878,86 | 41.700,00 | 103.345,21 |
| Kinderhort 4643. | 838.042,50 | 72.180,00 | 168.367,53 |
| Kinderkrippe 1 4644. | 249.476,45 | 28.680,00 | 85.277,06 |

56. Sitzung des Gemeinderates am 10.10.2012

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

| | | | |
|----------------------------|--------------|------------|------------|
| Kinderkrippe 2 4646. | 621.864,50 | 85.320,00 | 216.817,79 |
| Kinderkrippe 3 4647. | 909.099,31 | 132.240,00 | 336.044,55 |
| Kinderhaus 4645. | 1.201.289,30 | 195.780,00 | 455.984,83 |
| Interimshort 4648 | 618.822,40 | 98.580,00 | 233.758,11 |
| Gastkindeinricht. 4649. | 220.000,00 | 15.000,00 | 65.000,00 |

837 19

Beschluss: 19:0

Der Gemeinderat genehmigt das Budget 2013 für die Kindertagesstätten wie von der Arbeiterwohlfahrt beantragt.

Die Einnahmen und Ausgaben sind in folgender Höhe mit der Budgetvereinbarung zu unterzeichnen und in den Haushalt 2013 zu übernehmen:

| 2012 | Ausgabe .6780 € | Ausgabe .7180 € | Einnahme .1710 € |
|---------------------------|--------------------|--------------------|---------------------|
| Mittagsbetreuung 2110. | 226.000,00 | 0,00 | 0,00 |
| Kindergarten 1 4640. | 658.000,00 | 94.000,00 | 229.000,00 |
| Kindergarten 2 4641. | 571.000,00 | 65.000,00 | 220.000,00 |
| Kindergarten 3 4642. | 292.000,00 | 42.000,00 | 103.000,00 |
| Kinderhort 4643. | 839.000,00 | 73.000,00 | 168.000,00 |
| Kinderkrippe1 4644. | 250.000,00 | 29.000,00 | 85.000,00 |
| Kinderkrippe 2 4646. | 622.000,00 | 86.000,00 | 216.000,00 |
| Kinderkrippe 3 4647. | 910.000,00 | 133.000,00 | 336.000,00 |
| Kinderhaus 4645. | 1.202.000,00 | 196.000,00 | 455.000,00 |
| Interimshort 4648 | 619.000,00 | 99.000,00 | 233.000,00 |

56. Sitzung des Gemeinderates am 10.10.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

| | | | |
|----------------------------|---------------------|-------------------|---------------------|
| Gastkindeinricht. 4649. | 220.000,00 | 15.000,00 | 65.000,00 |
| Summe | 6.409.000,00 | 832.000,00 | 2.110.000,00 |

Az.: 423

2.1; 1.1

Bebauungsplanentwurf Nr. 60a/12 zur Änderung des Bebauungsplanes Erweiterung der Kleingartenanlage nördlich des Aschheimer Weges; Satzungsbeschluss

(Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses)

Der Planentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 60a/12 zur Änderung des Bebauungsplanes Erweiterung der Kleingartenanlage nördlich des Aschheimer Weges, in der Fassung vom 26.07.2012 nach § 12 und § 30 BauGB, lag in der Zeit vom 07.08.2012 bis einschließlich 10.09.2012 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten von 07.08.2012 bis 10.09.2012 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit Anregungen vorzubringen.

Die im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB sowie § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten redaktionellen Hinweise und Anregungen wurden in den Bebauungsplanentwurf, Stand 27.09.2012, eingearbeitet.

Eine weitere Auslegung ist aus diesem Grund nicht mehr erforderlich. Der Bebauungsplan Nr. 60a/12 zur Änderung des Bebauungsplanes Erweiterung der Kleingartenanlage nördlich des Aschheimer Weges, kann als Satzung beschlossen werden.

838 19

Beschluss: 19:0

Der Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 27.09.2012 mit eingearbeiteten redaktionellen Änderungen und Hinweisen vom 27.09.2012 wird als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 27.09.2012.

Das Verfahren gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen.

Az.: 6010

3.1; 3.2; 3.3; 3.4

Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen der Gemeinde (Bestattungssatzung); Neuerlass mit Außerkrafttreten der bisherigen Satzung

Das Landratsamt München hat am 30.11.2011 einen rechtsaufsichtlichen

56. Sitzung des Gemeinderates am 10.10.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Besuch bei der Gemeindeverwaltung durchgeführt. Hierbei wurden die Ergebnisse besprochen, die im Zuge einer kommunalrechtlichen Überprüfung festgestellt wurden.

Bei der Satzung über das Bestattungswesen der Gemeinde Unterföhring (Bestattungssatzung) in der Fassung vom 26.02.2004 hat das Landratsamt München empfohlen, einige Änderungen vorzunehmen.

Da auch neue Regelungen in die Bestattungssatzung aufgenommen werden sollen, wie zum Beispiel die Baumbestattung als weitere alternative Bestattungsform, oder die Verpflichtung zur Einhaltung allgemein gültiger Vorgaben hinsichtlich Errichtung von Grabmälern zur Wahrung der Standfestigkeit der Grabmäler, hat sich die Verwaltung dazu entschlossen, die Bestattungssatzung gleich neu zu fassen.

Der vorliegende Satzungsentwurf wurde bereits zur Durchführung eines Normenscreenings an die Rechtsanwaltsgesellschaft Dr. Weigl Augustinowski Treuconsult GmbH übersandt. Nach rechtlicher Überprüfung wurde mitgeteilt, dass die Regelungen im Entwurf zur Neufassung der Friedhofssatzung richtlinienkonform sind im Hinblick auf die EU-Dienstleistungsrichtlinie vom 12.12.2006.

Die folgenden wesentlichen Änderungen sind vom Landratsamt München empfohlen und bzw. ergänzend in die Neufassung der Bestattungssatzung aufgenommen worden:

1. § 3 alte Fassung; Benutzungszwang

Das Landratsamt München weist darauf hin, dass ein Benutzungszwang unzulässig ist, da auch der kirchliche Friedhof für die Bürger zur Verfügung steht bzw. stehen muss.
Der Benutzungszwang wurde daher herausgenommen.

2. Gestaltung sowie Unterhalt und Pflege der Grabstätten

a) Abteilungen ohne besondere Gestaltungsvorschriften
§ 15 und § 21 neue Fassung

Zur Wahrung des Rechts der Hinterbliebenen auf freie Grabgestaltung ist es grundsätzlich nicht möglich, gestalterische Vorgaben in der Bestattungssatzung festzuschreiben. Die bisherige Satzung ist in dieser Form daher insoweit anzupassen, als dass zumindest ein (Teil-)Bereich ohne festgeschriebene Gestaltungsvorschriften angeboten wird. Dies stellt sicher, dass der Grabnutzungsberechtigte zumindest die Wahl hat, ein Grab mit oder ohne besondere Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen.

Im Entwurf ist derzeit das Grabfeld II/8 als Bereich ohne besondere Gestaltungsvorschriften benannt.

56. Sitzung des Gemeinderates am 10.10.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

3. Ergänzung der Bestattungsformen
§ 4 Buchstabe c); Baumgräber

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 14.07.2011 (Beschluss Nr. 649) bereits entschieden, künftig eine sog. „naturnahe“ Bestattungsform auf dem Parkfriedhof anzubieten. Diese Möglichkeit sieht die Satzung nunmehr vor.

Ergänzende Bemerkung:

Konzepte und Vorschläge zur Art der sog. Baumbestattung, in welcher Form diese wo auf dem Parkfriedhof angeboten werden könnte, wird in einer der nächsten Sitzungen dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss von beauftragten Fachplanern vorgestellt und zur Entscheidung vorgelegt.

4. Erlaubnispflicht für Grabmäler
§ 27 Absatz 2 alte Fassung
§ 18 Absatz 2 neue Fassung

Bisher war das Aufstellen eines Grabmales nur nach vorheriger Genehmigung durch die Gemeinde erlaubt. Eine technische Abnahme -gerade in Bezug auf die Standfestigkeit- konnte bzw. kann durch Bediensteten der Friedhofsverwaltung jedoch nicht erfolgen. Bei auftretenden Schäden wäre aber die genehmigende Stelle in der Verantwortung, da der Genehmigungsvorbehalt den Zweck hat, neben der Art und Höhe des Grabmales insbesondere die technische Sicherheit zu gewährleisten.

Entsprechend der Empfehlung des Landratsamts München wurde die Genehmigungspflicht herausgenommen und durch eine Verpflichtung des Grabmal-Aufstellers ersetzt. Dieser hat künftig dafür Sorge zu tragen und im Bedarfsfall nachzuweisen, dass die geltenden anerkannten Regeln der Baukunst der Technischen Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen (TA-Grabmal) in der jeweils gültigen Fassung eingehalten wurden. Die Gewährleistungs- und Haftungsverantwortung obliegt hierdurch dem Grabstein-Aufsteller und nicht mehr bei der Friedhofsverwaltung.

5. Verlängerung der Ruhefrist
§ 17 alte Fassung,
§ 23 neue Fassung

Die bisherige Ruhefrist an allen Grabstellen in Unterföhring beträgt maximal 10 Jahre.

Diese Frist ist aufgrund der mit einem aktuellen Bodengutachten festgestellten Gegebenheiten nicht ausreichend. Das Landratsamt München -Gesundheitsamt-, mit dem die Ruhefristen grundsätzlich gemeinsam zu bestimmen sind, empfiehlt aufgrund der lehmigen

56. Sitzung des Gemeinderates am 10.10.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bodenbeschaffenheit eine Mindestruhefrist von 20 Jahren. Aber auch diese Frist gewährleistet bei den vorliegenden Verhältnissen keine Verwesung.

Die Ruhefrist wurde entsprechend der Empfehlung des Landratsamts München für Reihengräber, Doppelgräber und Familiengräber auf 20 Jahre festgesetzt. Die Ruhefrist bei Urnengräbern verbleibt jedoch bei 10 Jahren, da hier eine Anpassung zur Verbesserung der Verwesung nicht notwendig ist.

In § 9 neue Fassung kann die Nutzungszeit nach Ablauf der Ruhefrist (neu 20 Jahre) jeweils auch um die bisher gültigen Fristen von 10 Jahre verlängert werden.

6. Die weiteren, hier nicht eigens erläuterten Änderungen sind redaktioneller Natur.

Ergänzend liegt dem Entwurf zur Neufassung der Friedhofssatzung eine Synopse bei, die die neue Paragraphenstruktur mit der bisher gültigen Bestattungssatzung gegenüberstellt.

Diese empfohlenen Ergänzungen und Änderungen sind aus Sicht der Verwaltung sinnvoll und notwendig, um die Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen (Friedhofssatzung) den aktuellen rechtlichen Gegebenheiten anzupassen und den zeitgenössischen Entwicklungen im Bestattungswesen Rechnung zu tragen.

Mit Schreiben vom 13.09.2012 haben jeweils die CSU-Fraktion sowie Herr Gemeinderat Günther Peischl einen Ergänzungsantrag zum vorliegenden Entwurf der Bestattungssatzung gestellt.

Der Erste Bürgermeister bringt beide Antragsschreiben zur Kenntnis.

Die derzeit gültige Satzung über das Bestattungswesen der Gemeinde Unterföhring (Bestattungssatzung) in der Fassung vom 26.02.2004 lässt bereits keine Einfassungen an den Grabstätten zu.

Die nunmehr im Grabfeld II/8 vorgesehene Zulassung von Einfassungen an Grabstätten ist lediglich eine Folge der vorgeschriebenen Schaffung von mindestens einem Teilbereich, in dem keine besonderen Gestaltungsvorschriften gelten.

Die Regelung zum Grabfeld II/8 ist daher lediglich eine Ergänzung zu den bisherigen Gestaltungsvorschriften, die allein den Zweck hat, den rechtlichen Vorgaben durch Schaffung einer Wahlmöglichkeit Rechnung zu tragen. Eine Schlechterstellung der übrigen Grabnutzer in den anderen Grabfeldern liegt hierdurch aus Sicht der Verwaltung nicht vor, da sich für diese durch die neue Satzung bezüglich der Gestaltungsvorgaben keine Änderungen

56. Sitzung des Gemeinderates am 10.10.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

ergeben.

Sollte der Gemeinderat dennoch der Sichtweise folgen, dass eine Benachteiligung vorliegt, bittet die Verwaltung zu bedenken, dass diese dann nicht nur bezüglich der Möglichkeit einer Einfriedung besteht, sondern konsequenterweise für alle Gestaltungsregelungen, die für das Grabfeld II/8 neu geschaffen wurden, gleichermaßen bestehen würde. Dies bedeutet, dass alle freien Gestaltungsmöglichkeiten, die derzeit nur für das Grabfeld II/8 vorgesehen sind, aus Gleichbehandlungsgründen für alle Grabfelder zur Verfügung gestellt werden müssten.

Hinsichtlich der Wirkung von Einfriedungen auf den Charakter des Parkfriedhofs gibt die Verwaltung zu bedenken, dass zumindest eine Kombination aus Steineinfriedungen und liegenden Grabsteinen dazu führen kann, dass mit Stein abgeschlossene Grabflächen (vergleichbar mit Grüften) entstehen könnten. Dies würde einerseits die Grabpflege erheblich vereinfachen, da u.U. kaum mehr eine bepflanz bare Fläche vorhanden ist, auf der anderen Seite aus Sicht der Verwaltung den Charakter des Parkfriedhofs auch erheblich beeinflussen.

Sollte sich der Gemeinderat für eine allgemeine Zulassung von Einfassungen an den Grabstätten aussprechen, ist eine Beschränkung in Höhe und Breite erforderlich. Eine maximale Höhe von 15 cm und eine maximale Breite von 12 cm erscheinen aus Sicht der Verwaltung vertretbar, zumal der Grabhügel selbst eine maximale Höhe von 15 cm nicht überschreiten darf.

Der Vorsitzende schlägt vor, zuerst über den weitergehenden Antrag der CSU-Fraktion abzustimmen.

Antrag der CSU-Fraktion auf freie Gestaltung der Einfriedungen im Parkfriedhof an der Aschheimer Straße

839 19

Beschluss: 8:11

Nachdem dieser Antrag keine Mehrheit gefunden hat wird über den Antrag des Herrn Peischl auf Zulässigkeit von liegenden Grabplatten mit einer Größe von maximal 100cmx60cm im Parkfriedhof abgestimmt.

Antrag auf Zulässigkeit von liegenden Grabplatten mit einer Größe von maximal 100cmx60cm im Parkfriedhof

840 19

Beschluss: 18:1

Im Parkfriedhof sind liegende Grabplatten mit einer Größe von maximal 100cmx60cm im Parkfriedhof zulässig. Diese Festlegung ist in die neue Satzung unter § 19 Abs. 5 aufzunehmen.

56. Sitzung des Gemeinderates am 10.10.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Neufassung der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen der Gemeinde Unterföhring (Bestattungssatzung) in der Fassung des Entwurfs vom 10.10.2012.

841 19

Beschluss: 10:9

Der Gemeinderat beschließt die Neufassung der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen der Gemeinde Unterföhring (Friedhofssatzung) in der Fassung des Entwurfs vom 10.10.2012.

Der vorgenannte Beschluss (liegende Grabplatten), ist in die Satzung einzuarbeiten.

Die Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen der Gemeinde Unterföhring (Friedhofssatzung) tritt eine Woche nach ihrer Bekanntgabe in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Bestattungssatzung i.d.F. der Änderung vom 26.02.2004 außer Kraft.

-siehe Beilage-

Az.: 0280

1.1; 0; 2

56. Sitzung des Gemeinderates am 10.10.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Antrag der Seniorenbegegnungsstätte zur Ausstattung für die neuen Räumlichkeiten des PC-Stammtisches

Der PC-Stammtisch „Feringahaus“ unter Leitung von Herrn Rudi fand regelmäßig in der alten Gemeindehalle in Unterföhring, Münchner Str. 74a, statt.

Jeden Mittwoch finden auch weiterhin abwechselnd für Einsteiger und für Fortgeschrittene die Stammtische, betreut von Herrn Strauch und Herrn Rudi, statt.

Wegen Abriss der Halle konnte den Stammtischen erfreulicherweise ein Raum im St.- Valentin-Hof zur Verfügung gestellt werden.

Mit Schreiben vom 18.07.2012 stellt Herr Rudi dar, dass eine neue Ausstattung des neuen kleineren Raumes für den konzentrierten Erfahrung- und Wissensaustausch nötig wird.

Zum einen werden platzsparende Stühle mit Klapptischen benötigt, da die alten Tische nicht mehr unterzubringen sind.

Zum anderen sollte ein neuer Beamer mit erhöhter Helligkeit und Auflösung angeschafft werden, um die Qualität erhalten zu können.

Kosten insgesamt: max. 5.000 €

Aus Sicht der Verwaltung wird der seit Jahren laufende etablierte PC-Stammtisch des „Feringahauses“ gern besucht. Er sollte erhalten und gefördert werden. Nachdem das Mobiliar aus der alten Gemeindehalle auch weiterhin anderweitig gut genutzt werden kann, wird die Neuanschaffung von Tischen und Stühlen Beamer als förderungswürdig angesehen und unterstützt. Mit Email vom 02.10.2012 teilte Frau Nejedly nach Beratung mit Herrn Gottwald (EDV-Koordinator der Gemeinde) mit, dass ein neuer Beamer aus ihrer Sicht derzeit nicht dringend notwendig ist.

842 19

Beschluss: 19:0

Der Gemeinderat befürwortet eine neue Ausstattung für den PC-Stammtisch in Form von neuen Tischen und Stühlen bzw. Stühle mit Klapptischen. Ein neuer Beamer ist bis auf weiteres nicht erforderlich, da der vorhandene Beamer (BEA-INF-0008 Infocus LP 40) voll funktionsfähig ist und den Anforderungen (Schulungszwecke) genügen würde.

Die entsprechenden Mittel in Höhe von max. 5.000 € sind im Haushalt 2013 vorzusehen.

Az.: 4172

0.1; 2.0

Antrag auf Erhöhung der Zuschüsse für die Volkshochschule im Norden des Landkreises München e. V. ab 2013

Der Bürgermeister gibt das Schreiben der Volkshochschule im Norden des Landkreises München e. V. vom 26.09.2012 (Posteingang: 27.09.2012)

56. Sitzung des Gemeinderates am 10.10.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

bekannt, in dem für das Jahr 2013 und die Folgejahre die Erhöhung der kommunalen Zuschüsse von 6,20 € um 0,50 € pro Einwohner auf künftig 6,70 € pro Einwohner/Jahr beantragt wird.

Der Beschluss vom 11.09.2003, Nr. 279, wird in Erinnerung gebracht, darin wurden ab dem Jahr 2004 6,20 € pro Einwohner beschlossen.

843 19

Beschluss: 19:0

Der Erhöhung des Zuschusses für die Volkshochschule im Norden des Landkreises München e. V. von bisher 6,20 € pro Einwohner/Jahr auf 6,70 € pro Einwohner/Jahr ab dem Jahr 2013 wird zugestimmt.

Der Gemeinderat erwartet, dass die Verwaltungskosten gedeckelt und die Kursgebühren ab dem Jahr 2013 und die Folgejahre entsprechend angepasst werden, um eine Erhöhung des Zuschusses der Kommunen moderat zu halten.

Az.: 302/1
0.1, 2.0

Herr Prieler und Herr Rott
verlassen den
Sitzungssaal um 20.15
Uhr.

Herr Prieler kehrt um
20.17 Uhr in den
Sitzungssaal zurück.

Einführung des Digitalfunks für die Freiwillige Feuerwehr Unterföhring

Die Einführung des Digitalfunks in Bayern ist bereits seit längerer Zeit vorgesehen. Der bisher genutzte Analogfunk entspricht nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik, die Hersteller haben daher größtenteils bereits die Herstellung analoger Geräte eingestellt, sodass im Falle eines Defektes Ersatzbeschaffungen nicht mehr möglich sind.

Die Umstellung auf ein leistungsstarkes und modernes Kommunikationsmittel, gerade für Einsatzkräfte wie Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehren, soll den Schutz der Bevölkerung optimieren.

Damit die Freiwilligen Feuerwehren als nicht-staatliche Organisation mit Sicherheitsaufgaben an der Einführung des Digitalfunks teilhaben können, fordert das Bayerische Staatsministerium des Innern von den Landkreisen die Unterzeichnung einer sogenannten Teilnahmeregelung. Damit verpflichtet sich der Landkreis, die Voraussetzungen zur Teilnahme am Digitalfunk zu schaffen und künftig einzuhalten.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 01.10.2012 beschlossen, den

56. Sitzung des Gemeinderates am 10.10.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Digitalfunk für die Feuerwehren einzuführen sowie die hierfür notwendigen Funkgeräte zu beschaffen.

Mit dieser Entscheidung kann nun seitens des Landkreises diese Teilnahmeregelung unterzeichnet werden.

Die Gemeinden müssen als Kostenträger für die örtlichen Feuerwehren ihrerseits ebenfalls durch Beschlüsse die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die örtlichen Feuerwehren über den Landkreis an den Digitalfunk angeschlossen werden können.

Hierfür ist zunächst erforderlich, dass die Gemeinde durch Beschluss erklärt, dass sie am Digitalfunk teilnimmt und sich zur Beachtung der bundes- und landesweit gültigen Prozessmodelle und Rahmenbetriebskonzepte für den Digitalfunk sowie der Teilnahmeregelung des Landkreises verpflichtet.

Die Teilnahme der Freiwilligen Feuerwehr Unterföhring am Digitalfunk ist nur dann möglich, wenn sich der Gemeinderat der Entscheidung des Landkreises anschließt und hierüber einen entsprechenden Beschluss fasst.

Zusätzlich zu dieser grundsätzlichen Entscheidung ist hinsichtlich der Beschaffung der technischen Geräte eine weitere Entscheidung durch die Gemeinde notwendig.

Neben einer eigenständigen Beschaffung der technischen Geräte durch die Gemeinde ist vor allem eine zentrale Beschaffung durch den Landkreis möglich.

Die zentrale Beschaffung durch den Landkreis bietet der Gemeinde diverse Vorteile:

- Der Landkreis kann -im Unterschied zur Gemeinde- als Abrufberechtigter ohne erneute Ausschreibung die Beschaffung aus dem Rahmenvertrag des Freistaats Bayern durchführen
⇒ Eine eigene europaweite Ausschreibung entfällt
- Durch eine zentrale Beschaffung können für die Gemeinden die Anschaffungskosten erheblich gesenkt werden
⇒ Allein bei den Funkgeräten beläuft sich die Ersparnis für die Gemeinden auf etwa 400.000,00 €
- Eine zentrale Beschaffung ist laut Mitteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern förderungsfördernd, d.h. die Gemeinden können zudem entsprechend der gültigen Richtlinien für die Anschaffung des technischen Geräts die Förderungen abrufen
- Eine zentrale Beschaffung durch den Landkreis stellt sicher, dass alle Feuerwehren mit derselben Technik ausgestattet werden, was bei der Nutzung sowie weiteren Betreuung wie z.B. Ersatzbeschaffung, Reparaturen etc. von Vorteil ist

56. Sitzung des Gemeinderates am 10.10.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ein entsprechender Vergabevermerk vom 05.10.2012, mit dem die Entscheidung zur zentralen Beschaffung durch den Landkreis München begründet nachvollzogen werden kann, wird bekannt gegeben.

Die Verwaltung schlägt vor, dass die Gemeinde Unterföhring die Beschaffung der technischen Geräte nicht selbst vornimmt, sondern dies zentral über den Landkreis München erfolgt.

Insgesamt werden entsprechend der Ausstattungsempfehlung des Landratsamts München 1 Funkgerät für das Gerätehaus, 9 Funkgeräte für die vorhandenen Fahrzeuge sowie etwa 35 mobile Funkgeräte für die Mannschaft benötigt.

Die Anschaffungskosten betragen für das Funkgerät im Gerätehaus etwa 1500,00 €, für ein Endgerät im Fahrzeug etwa 1500,00 € und für ein mobiles Endgerät etwa 500,00 €.

Damit ergeben sich Gesamtanschaffungskosten von etwa 27.500,00 €. Für den Einbau der Geräte in die Einsatzfahrzeuge wird ein zusätzlicher Kostenaufwand von etwa 2.000,00 € pro Fahrzeug erwartet.

Die Gesamtkosten für die Anschaffung aller technischen Endgeräte sowie dem notwendigen Einbau wird somit etwa 50.500,00 € betragen.

Die zentrale Beschaffung über den Landkreis München erfolgt mittels einer zu übersendenden verbindlichen Bestellübersicht der benötigten Geräte. Die Lieferung erfolgt ca. 3 Wochen nach Bestellung durch den Landkreis.

844 18

Beschluss: 18:0

Der Gemeinderat stimmt der Einführung des Digitalfunks für die Freiwillige Feuerwehr Unterföhring zu.

Die Gemeinde Unterföhring verpflichtet sich zeitgleich, die bundes- und landesweit gültigen Prozessmodelle und Rahmenbetriebskonzepte des Digitalfunks sowie die Bestimmungen der Teilnahmeregelungen des Landkreises zu beachten.

Der Gemeinderat beschließt darüber hinaus, dass sich die Gemeinde Unterföhring der zentralen Beschaffung der notwendigen technischen Endgeräte durch den Landkreis München anschließt.

Der vorliegende Vergabevermerk ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Entscheidung dem Landkreis München mitzuteilen, sowie die notwendige Bestellliste mit den benötigten technischen Endgeräten zu erstellen und ebenfalls dem Landkreis München zu übermitteln.

56. Sitzung des Gemeinderates am 10.10.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die für die Beschaffung und den Einbau der Geräte notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von ca. 50.000,- € brutto sind entsprechend vorzusehen.

Az.: 0917
1, 2, 3, 0

Herr Rott kehrt um 20.19
Uhr in den Sitzungssaal
zurück.

Errichtung von Fußgängerüberwegen als Ergebnis der Verkehrsschau 2012 (Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses)

Am 19.07.2012 fand die jährliche Verkehrsschau unter Beteiligung der Mitglieder des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses, der Polizei sowie Vertretern der Gemeindeverwaltung statt.

Es wurde seitens der Verkehrsschauteilnehmer die Anregung vorgebracht, über die Straßäckerallee an der Einmündung der Föhringer Allee (an der Kinderkrippe 3), sowie an der Blumenstraße an der Einmündung der Nelkenstraße (am Kindergarten 1) Fußgängerüberwege einzurichten. Der Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss hat in seiner Sitzung am 27.09.2012 über die Errichtung der genannten Fußgängerüberwege beraten und in beiden Fällen beschlossen, diese dem Gemeinderat zu empfehlen. Der Beschluss wird dem Gremium zur Kenntnis gebracht.

Der Erste Bürgermeister erläutert ergänzend anhand einer Lageplanskizze die entsprechenden Örtlichkeiten und bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 14.04.2010, Nr. 433, in Erinnerung.

Errichtung eines Fußgängerüberweges in der Straßäckerallee an der Einmündung der Föhringer Allee (an der Kinderkrippe 3)

845 19

Beschluss: 19:0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses und beschließt die Errichtung eines Fußgängerüberweges in der Straßäckerallee an der Einmündung der Föhringer Allee (an der Kinderkrippe 3).
Die hierfür notwendigen Maßnahmen sind zeitnah vorzunehmen.

Errichtung eines Fußgängerüberweges in der Blumenstraße an der Einmündung der Nelkenstraße (am Kindergarten 1)

846 19

Beschluss: 19:0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses und beschließt die Errichtung eines

56. Sitzung des Gemeinderates am 10.10.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Fußgängerüberweges in der Blumenstraße an der Einmündung der Nelkenstraße (am Kindergarten 1).

Der Beschluss des Gemeinderates vom 14.04.2010, Nr. 433, wird aufgrund der bei der Verkehrsschau 2012 festgestellten neuen Gegebenheiten aufgehoben.

Die notwendigen Maßnahmen zur Errichtung des Fußgängerüberweges sind zeitnah vorzunehmen.

Az.: 6010

1, 3.1; 3.2

Bekanntgaben und Anfragen

Es wurden seitens des Gemeinderats keine Anfragen gestellt.

Franz Schwarz
Erster Bürgermeister

Lothar Kapfenberger
Schriftführer